

Geheime Verschlusssache

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 471 735

'86

8. Ausfertigung = 13. Blatt

A u s f ü h r u n g e n

des Ministers für Nationale Verteidigung
auf der 21. Sitzung des
Komitees der Verteidigungsminister

zum 2. Tagesordnungspunkt
über

"Allgemeine Richtungen auf dem Gebiet der Vervollkommnung
der Vereinten Streitkräfte und ihrer Ausstattung mit
Bewaffnung und Kampftechnik im Zeitraum 1991 - 1995"

Genosse Vorsitzender!

Genossen Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister!

Genossen Generale, Admirale und Offiziere!

Gestatten Sie mir, zu Beginn meiner Ausführungen Ihnen, werter Genosse Minister J a s o w , und allen sowjetischen Genossen, die diese Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vorbereitet haben, für die sorgfältige Arbeit zu danken.

Besonders die rechtzeitige Übergabe der Dokumente hat es uns ermöglicht, uns gründlich mit den Materialien vertraut zu machen und auf die zur Beratung anstehenden Fragen vorzubereiten.

Unsere Tagung findet in einer international außerordentlich bedeutsamen Zeit statt.

Unsere Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, konnte auf der Junitagung des Zentralkomitees in Würdigung der konstruktiven Friedens- und Abrüstungspolitik unserer Staaten, insbesondere der UdSSR, die Einschätzung treffen, "daß sich eine Wende zum Besseren in den internationalen Beziehungen abzeichnen beginnt".

Das wurde besonders auf dem Gipfeltreffen in MOSKAU deutlich. Die auf dem Treffen erzielten Fortschritte, die vor allem dem erfolgreichen Wirken der sowjetischen Seite und persönlich dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Genossen Michail G o r b a t s c h o w , der sich auf das Mandat der sozialistischen Staaten stützen konnte, zu verdanken sind, eröffnen weitere Möglichkeiten für das Vorankommen im Prozeß der Festigung der internationalen Sicherheit.

Mit der Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und den USA über die Beseitigung der landgestützten Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite wurde ein echter Einstieg in die nukleare Abrüstung erreicht.

Die Partei- und Staatsführung, die Werktätigen und die Armeeinghörigen der DDR unterstützen voll die Vorstellungen und Ziele der Sowjetunion auf dem Gebiet der Abrüstung und der Festigung des Friedens, wie sie in den Ausführungen und Beschlüssen zur Außenpolitik der Sowjetunion während der XIX. Allunionskonferenz der KPdSU festgelegt wurden, ausgehend von dem Plan, bis zum Jahr 2000 eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen.

Alle unsere Parteien und Staaten haben, ausgehend von ihren konkreten Erfahrungen und vielfältigen Möglichkeiten, zur Festigung des Friedens und zur Herbeiführung einer Wende zur Entspannung beigetragen. Davon zeugte in jüngster Zeit auch das Internationale Treffen für kernwaffenfreie Zonen in BERLIN, der Hauptstadt der DDR, auf dem 1 034 Teilnehmer aus 113 Ländern der Erde Wege zur Sicherung des Friedens und zur Abwendung eines nuklearen Infernos erörtert haben.

651 Teilnehmer der verschiedensten politischen Richtungen und unterschiedlichsten Auffassungen sprachen auf diesem Treffen zur Diskussion und demonstrierten überzeugend den Willen von Millionen und aber Millionen Menschen aller Kontinente, der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zum Siege zu verhelfen.

Wie der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte, Genosse Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , in seinem Vortrag dargelegt hat, haben auch die Anstrengungen unserer Länder, vor allem aber der Sowjetunion, auf militärischem Gebiet und die dadurch erreichte militärstrategische Parität maßgeblich dazu beigetragen, die Lage zu stabilisieren, gewissermaßen auch etwas zu entspannen, die Sicherheit des Sozialismus und seiner schöpferischen Weiterentwicklung auf den unumstößlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu gewährleisten.

Bei allem Positiven in der Entwicklung der internationalen Lage und bei allen Ansätzen einer realistischeren Politik seitens maßgeblicher Kreise der westlichen Welt, darunter der Staaten der NATO, haben wir jedoch keinerlei Anlaß, Illusionen hinsichtlich der unverändert antisozialistischen Absichten der NATO zu hegen.

Davon zeugten auch die Frühjahrstagungen der einzelnen Führungsorgane der NATO sowie die tatsachenverfälschenden antisozialistischen und antisowjetischen Auslassungen des Verteidigungsministers der Bundesrepublik Deutschland, S c h o l z , bei seinem jüngsten Aufenthalt in WASHINGTON und bei anderen Gelegenheiten.

Im Vortrag des Oberkommandierenden sowie im ersten Tagesordnungspunkt über den "Stand und die Entwicklungsperspektiven der Streitkräfte und der Infrastruktur der NATO auf den europäischen Kriegsschauplätzen im Zeitraum bis zum Jahr 2000" sind die forcierten Rüstungsanstrengungen unseres Gegners eindeutig nachgewiesen worden.

Es kann auch nicht übersehen werden, daß seitens der reaktionärsten Kreise der NATO-Staaten vieles praktisch unternommen wird, um den Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Beseitigung der landgestützten Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite zu unterlaufen, zu kompensieren oder wie man das auch immer nennen will.

Teure Genossen!

Ganz ohne Zweifel ist der Tagesordnungspunkt, den wir jetzt behandeln und der sich mit der Vervollkommnung der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Zeitraum 1991 bis 1995 beschäftigt, nicht nur der wichtigste dieser Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister, sondern hat in vielerlei Hinsicht außerordentlich große Bedeutung für die weitreichenden, den Völkern in unseren Ländern dienenden Perspektiven.

Um die Entwicklungsrichtungen und die damit verbundenen konkreten Maßnahmen exakt festlegen zu können, müssen die notwendigen Einschätzungen und Schlußfolgerungen, auf deren Grundlage die Protokolle von 1991 bis 1995 basieren sollen, gemeinsam und zweiseitig erarbeitet und ihnen einheitliche politische und militärpolitische Orientierungen zugrunde gelegt werden.

Wir sind der Meinung, daß wir uns dabei unter anderem von folgendem leiten lassen müssen:

- die grundsätzlichen gemeinsamen sozialistischen Interessen, die identisch mit der Sicherung des Friedens sind und dem Schutz jedes einzelnen sozialistischen Staates und unserer Gemeinschaft insgesamt dienen.

Das fällt mit dem Wunsch aller zusammen, die erkannt haben und dafür eintreten, daß der Frieden nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erhalten werden kann.

- die in BERLIN 1987 gemeinsam beschlossene Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die nicht nur Ausdruck dieses unseres gemeinsamen Strebens ist, sondern bereits gegenwärtig unserer theoretischen und praktischen Tätigkeit zugrunde liegt.
- die nach wie vor dringende Notwendigkeit der Gewährleistung der militärstrategischen Parität, natürlich auf einem niedrigeren Niveau.

Dazu haben die Staaten des Warschauer Vertrages gemeinsam und jedes unserer sozialistischen Staaten entsprechende Vorschläge unterbreitet und werden das auch künftig tun.

Ausgehend von diesen Notwendigkeiten und Ausgangsgrößen müssen wir gründlich überlegen und sorgfältig prüfen, welche Kampftechnik und Bewaffnung für alle unsere Armeen und für jede einzelne von ihnen erforderlich sind und entsprechend ihren strategischen und operativ-taktischen Aufgaben charakteristisch sein müssen, wobei im Zentrum nicht die quantitative Seite, sondern maßgeblich die qualitative Komponente stehen muß.

Dazu gibt es im Vortrag des Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w richtige orientierende Hinweise, die mit unseren gemeinsamen ökonomischen Möglichkeiten und denen eines jeden einzelnen Landes in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

Die in den Bruderländern durchgeführten Ausstellungen von Bewaffnung und Kampftechnik sowie der vorgesehene Besuch der sowjetischen Ausstellung geben uns dafür die erforderlichen Hinweise.

All diese Faktoren und Überlegungen sollten bei der Vorbereitung der Protokolle zur Entwicklung der einzelnen Armeen der Vereinten Streitkräfte für den Zeitraum 1991 bis 1995 nach unseren Auffassungen sorgfältig analysiert, geprüft und zugrunde gelegt werden.

In diesem Zusammenhang sollten auch die Erfüllung der Stockholmer Beschlüsse und die mit der Ratifizierung des Vertrages über die Beseitigung von landgestützten Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite verbundenen Inspektionen, Kontrollen und anderen Maßnahmen beachtet, analysiert und entsprechende Schlußfolgerungen gezogen werden.

Ausgangspunkt für die Deutsche Demokratische Republik und ihre Streitkräfte für die Entwicklung im Zeitraum 1991 bis 1995 wird der Stand der Erfüllung des Protokolls für den gegenwärtigen Fünfjahrplanzeitraum 1986 bis 1990 sein.

In diesem Zusammenhang können wir einschätzen, daß es uns gelungen ist, die in den Jahren 1986 bis 1988 dazu geplanten Maßnahmen der Entwicklung sowie der Ausstattung mit Hauptarten der Bewaffnung und Kampftechnik in den Teilstreitkräften der Nationalen Volksarmee kontinuierlich zu gewährleisten.

Dieser erreichte Stand berechtigt uns zu der Feststellung, daß wir unter Berücksichtigung der ökonomischen Möglichkeiten der DDR die bis 1990 eingegangenen Verpflichtungen im wesentlichen erfüllen können.

Auch die bisher durchgeführten Ausbildungsmaßnahmen, Überprüfungen der Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft haben unter Beweis gestellt, daß die Verbände, Truppenteile und Einheiten aller Teilstreitkräfte der Nationalen Volksarmee insgesamt zur Erfüllung der ihnen übertragenen Gefechtsaufgaben einen beachtlichen Schritt nach vorn machen konnten.

Bei der Umsetzung unserer gemeinsamen Militärdoktrin stehen wir allerdings sowohl in der theoretischen Arbeit als auch bei der Durchsetzung von konkreten Maßnahmen noch am Anfang.

Eine Reihe von Übungen und Lehrvorführungen haben uns im taktischen, operativ-taktischen und auch im strategischen Rahmen erste wertvolle Erfahrungen vermittelt. Dafür sind wir unseren Freunden in den Bruderarmeen und im Vereinten Kommando sehr dankbar.

Es muß uns jedoch kurzfristig gelingen, im Denken und Handeln aller Armeeangehörigen, vor allem des Kommandeursbestandes, Veränderungen herbeizuführen und Klarheit über den Zusammenhang zwischen standhafter Verteidigung und der Notwendigkeit der Führung von Gegenangriffen und Gegenschlägen sowie der Herstellung der Bereitschaft zur Gegenoffensive zu schaffen.

Als vorrangige Aufgabe betrachten wir dabei, die ständige Gewährleistung einer hohen Führungs-, Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft sowie die Vervollkommnung des Diensthabenden Systems und des Gefechtsdienstes durch die Koordinierung aller Kräfte und Mittel der Aufklärung, der Truppenluftabwehr sowie des Funkelektronischen Kampfes.

Die vom Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte in seinem Vortrag dargelegten und in dem Entwurf des Beschlusses enthaltenen Hauptrichtungen für die weitere Entwicklung der Vereinten Streitkräfte im Zeitraum 1991 bis 1995 finden unter diesen oben genannten Gesichtspunkten unsere prinzipielle Zustimmung.

Sie stimmen mit ersten Überlegungen über die absehbare Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den Streitkräften der NATO und des Warschauer Vertrages sowie über die erforderlichen Schritte zur weiteren qualitativen Stärkung der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der Nationalen Volksarmee im nächsten Fünfjahrzeitraum weitgehend überein.

Bei allen Untersuchungen über die weiteren Entwicklungsvorhaben der Nationalen Volksarmee sind wir natürlich auch angehalten, die Rahmenbedingungen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und der gesamtgesellschaftlichen Interessen zu berücksichtigen, die von der Partei- und Staatsführung der DDR für den nächsten Zeitraum entsprechend den objektiv gegebenen Möglichkeiten gesetzt werden.

Sie bestehen nach allseitigen Untersuchungen darin, daß die personellen, materiellen und finanziellen Größenordnungen für die perspektivische Sicherstellung der Nationalen Volksarmee das Niveau des Planjahrfünfts von 1986 bis 1990 nicht überschreiten können.

Das bedeutet für uns,

- keine Erhöhung der Personalstärke der Nationalen Volksarmee, was auch durch die demographischen Bedingungen der DDR objektiv diktiert wird,

- die finanziellen Fonds für die laufende Unterhaltung und den Ankauf neuer moderner Kampftechnik und Bewaffnung gegenüber dem gegenwärtigen Stand nicht weiter anzuheben, da die ökonomischen Möglichkeiten im wesentlichen keine Steigerungsraten gestatten,
- die einsetzbaren Baukapazitäten vorrangig auf notwendige Rekonstruktions- und Instandhaltungsaufgaben zu konzentrieren, deren Umfang aus objektiven Gründen erheblich angewachsen ist, und nur zu einem gewissen, unbedingt notwendigen Teil für den Neubau von Objekten zu verwenden.

Entsprechend der nach unserer Auffassung richtigen Orientierung auf die qualitative Vervollkommnung des Kampfbestandes der Truppen, Flieger- und Flottenkräfte wird die Steigerung der Kampfkraft der Nationalen Volksarmee auch in den nächsten Jahren maßgeblich von der Modernisierung und teilweisen Neueinführung moderner Kampftechnik und Bewaffnung bestimmt.

Dabei ist für die Vorbereitung des Protokolls und des Planes 1991 bis 1995 wichtig, genaue ökonomische, technische und taktische Kenntnisse zu haben

- in welchem Umfang aus welchem Land die benötigte Militärtechnik geliefert werden kann,
- welche Preise, insbesondere für neue Arten der Technik zu erwarten sind und
- zu welchem Zeitpunkt und auf welchem Wege die Bereitstellung dazugehöriger Ausbildungsmittel und Ersatzteile sowie die Fragen der Instandsetzung geregelt werden.

Wir meinen, daß uns gegenwärtig die Praxis immer noch zu viele Beispiele dafür liefert, daß es nicht genügt, in bestimmten Dokumenten über die Erweiterung des Bestandes an moderner Kampftechnik und Bewaffnung zu beschließen, ohne die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Realisierung und Sicherstellung dieser Beschlüsse allseitig gewährleistet werden kann.

Uns erscheint es deshalb dringend geboten, daß in Auswertung der Besichtigung der Ausstellungen der Militärtechnik in den Bruderländern im Rahmen unserer Möglichkeiten darauf Einfluß genommen wird, daß die zuständigen kompetenten Organe des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die dafür zuständigen Organe unserer Länder rechtzeitig die realen Liefermöglichkeiten abstimmen und für deren Einhaltung langfristige und tatsächlich verbindliche Festlegungen treffen.

Dabei sehen wir natürlich auch den gesamten Komplex der Modernisierung der im Bestand befindlichen Kampftechnik und Bewaffnung, die im engen Zusammenhang mit den auf den Ausstellungen gezeigten neuen Mustern entscheidend zur Erhöhung von Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft unserer Armeen beitragen wird.

Das betrifft sowohl die Panzertechnik und die Mittel der Panzerabwehr als auch die Technik der Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung, der maritimen Kräfte sowie der Aufklärung.

Das alles muß auf der Grundlage der grundsätzlichen Orientierung der Beschlüsse des Politischen Beratenden Ausschusses im Juli 1988 sowie in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Führungsorgane unserer Parteien und Staaten, denen vor allem unsere gemeinsamen militärpolitischen, militärtheoretischen und militärpraktischen Auffassungen und Vorstellungen zugrunde liegen, geschehen.

Die entsprechenden Organe sollten im Zusammenwirken mit dem Vereinten Kommando unter Einbeziehung der Verteidigungsministerien unverzüglich eine gemeinsame Konzeption für die Forschung, Entwicklung und Lieferung der Kampftechnik und Bewaffnung insgesamt bzw. auf bestimmten Gebieten ausarbeiten, die auch vom Stand der Ausstattung der entsprechenden Armeen ausgeht.

Wir müssen dabei auch beachten, daß in den einzelnen sozialistischen Staaten und in unserer gesamten Gemeinschaft unter Zugrundelegung der vollen Ausnutzung und Einbeziehung der Schlüsseltechnologien in der Volkswirtschaft qualitative und zum Teil organisatorische Veränderungen vor sich gehen.

In der DDR wurde dieser Prozeß mit dem VIII. Parteitag eingeleitet, ständig weiter vorangebracht und auf dem XI. Parteitag weiterentwickelt. Wir wissen, daß dies ein ständig wirkender und ein sich auf immer qualitativ höherer Stufe vollziehender Prozeß ist. Das trifft im vollen Mase auch für die militärökonomischen Prozesse, die Entwicklung und die Produktion von Militärtechnik zu.

Liebe Genossen!

Abschließend möchte ich mit Nachdruck zum Ausdruck bringen, daß wir - wie in der Vergangenheit - die Waffenbrüderschaftsbeziehungen zwischen unseren brüderlich verbundenen Armeen, die auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus und des sozialistischen Patriotismus, der kameradschaftlichen Zusammenarbeit unserer Parteien, Staaten und Völker basieren, unermüdlich weiter entwickeln und vertiefen werden.

Allen Bruderarmeen und namentlich allen Verteidigungsministern möchten wir unseren Dank für die vielfältige Unterstützung und das herzliche Einverständnis bei der Entwicklung unserer Zusammenarbeit sagen!

Wir sind Willens, entsprechend den Beschlüssen des Zentralkomitees der SED, den Ergebnissen der Mitte des Monats Juli 1988 in WARSCHAU stattfindenden Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sowie der darauf basierenden Empfehlungen des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte an der Erfüllung der den Vereinten Streitkräften gestellten Aufgaben auch in Zukunft aktiv und schöpferisch mitzuarbeiten sowie alle Maßnahmen zur Erarbeitung des Protokolls für den Zeitraum 1991 bis 1995 mitzugestalten.

Gestatten Sie mir abschließend, dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , und seinem Stellvertreter und Chef des Stabes, Genossen Armeegeneral G r i b k o w , sowie allen Genossen des Stabes der Vereinten Streitkräfte für die ständige und konstruktive Zusammenarbeit recht herzlich zu danken.

Dem vorliegenden Entwurf des Beschlusses gebe ich meine Zustimmung.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!